



Sabine Poschmann, MdB

Stellvertretende wirtschafts- energiepolitische Sprecherin
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: sabine.poschmann@bundestag.de

30. November 2016

PRESSEMITTEILUNG

Neue Lärmschutzverordnung hilft Dortmunder Sportvereinen

„Die Lockerung der Lärmschutzverordnung für Sportplätze ist ein längst überfälliges Bekenntnis zum Sport in unseren Städten“, kommentiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Sabine Poschmann einen entsprechenden Beschluss des Bundeskabinetts. Auch die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit der Stadt Dortmund, Birgit Jörder (SPD), begrüßt die geplante Neuregelung. Hiernach wird die Modernisierung alter Sportanlagen künftig nicht mehr dazu führen, dass nach einer Sanierung niedrigere Lärmgrenzen gelten.

„Auf Altanlagen kann nun nach einem Umbau ohne zusätzliche Einschränkungen Sport getrieben werden“, erklärt Jörder. „Wir können nicht einerseits mehr Bewegung und ein gesünderes Leben fordern und auf der anderen Seite behindern wir die Modernisierung unserer Sportanlagen“, ergänzt Poschmann.

Bei der Sanierung von Plätzen die vor 1991 errichtet wurden, drohte bisher der "Altanlagen-Bonus" verloren zu gehen. Dieser sah 5dB höhere Lärmschutzgrenzwerte für entsprechende Sportstätten vor. Der Verlust des Bonus führte zu starken Einschränkungen im Sportbetrieb. Ohne Sanierung wiederum geraten Altanlagen in einen Zustand, der eine Nutzung unattraktiv macht.

Die Lärmschutzverordnung war auch Gegenstand von Poschmanns Veranstaltung „Wo der Sportschuh drückt“ Anfang des Jahres in Dortmund. Damals hatten sich viele Sportfunktionäre und Aktive besorgt über die bestehenden Regelungen geäußert. Immer öfter hätten sie mit Klagen von Anwohnern zu kämpfen. Außerdem wäre die Modernisierung von Sportplätzen durch die drohenden Einschränkungen im Betrieb behindert wurden.

Bereits im Januar werden die Änderungen der Lärmschutzverordnung im Bundestag verhandelt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Kabinettsbeschluss nun zügig umgesetzt wird.